

# Klare Absage an Initiative der Freien Liste zu erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien

**Gesundheit** Die Fronten waren grundsätzlich bereits im Vorfeld der Debatte geklärt. So verwunderte es wenig, dass der Landtag der FL-Initiative zu erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien eine Absage erteilte.

VON DANIELA FRITZ

Die Argumente der Gegner und Befürworter der einfachen Initiative zu erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien lagen schon im Vorfeld der gestrigen Landtagsdebatte längst auf dem Tisch. Während die Freie Liste sich davon eine solidarischere Verteilung auf die Versicherten als bei Kopfprämien sowie eine Entlastung des Mittelstandes erhoffte, führte die Gegenseite – und dazu gehörten im Grossen und Ganzen die anderen Fraktionen – unter anderem ins Feld, dass bereits das heutige System über steuerfinanzierte Subventionen und Prämienverbilligungen indirekt erwerbs- und vermögensabhängig gestaltet sei. «Oberflächlich betrachtet hat die

Idee wohl für viele einen gewissen Reiz», gab der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler zu. «Nicht ohne Grund wurde diese Idee aber von den Schweizern bereits zwei Mal haushoch verworfen.» Er erinnerte in seinem Votum daran, dass weite Teile des Mittelstandes und die ältere Generation durch erwerbsabhängige Krankenkassenprämien überproportional zur Kasse gebeten werden könnten, da Wohneigentümer, Sparer oder Rentner, die sich für einen Kapitalbezug entscheiden, mit höheren Prämien bestraft würden.

## Letztlich höhere Gesundheitskosten

«Ein Systemwechsel wird die Eigenverantwortung der Bürger schwächen, dem Konsumverhalten im Gesundheitswesen Tür und Tor öffnen und schliesslich zu höheren Prämien führen», gab ausserdem DU-Chef Harry Quaderer zu bedenken. Auch andere Abgeordnete kritisierten, dass die Gesundheitskosten durch die verminderte Eigenverantwortung wieder steigen könnten. «Die Prämie ist gottgegeben, die muss ich bezahlen – ob ich will oder nicht. Wie soll das mein Verhalten tangieren?», entgegnete Initiativ und FL-Abgeordneter Thomas Lageder. Die Eigenverantwortung würde viel



«Die einfache Initiative wird von der FL quasi als weisse Wundertüte präsentiert. Bei näherer Betrachtung entpuppt sie sich aber eher als Blackbox.»

ALOIS BECK  
FBP-ABGEORDNETER

mehr durch die Höhe der Franchise sowie den Selbstbehalt gelenkt – wie heute auch. Dabei sei es egal, ob es sich bei der Grundversicherung um eine Kopfprämie oder einen Prozentsatz handle. «Die einfache Initiative wird von der FL quasi als weisse Wundertüte präsentiert. Bei näherer Betrachtung entpuppt sie sich aber eher als Black-

box», fasste Alois Beck (FBP) die Kritiken ganz gut zusammen. Er befürchtete, dass die realen Auswirkungen der Initiative zu einer Mehrbelastung für alle führen könnten. Dieses Votum spiegelte offensichtlich die Meinung der meisten anderen Abgeordneten wider. So war es auch wenig verwunderlich, dass die Initiative mit nur vier Jastimmen abgelehnt wurde.

## «Sehen Sie doch die Chance»

Die vierte Stimme kam neben den drei aus der FL-Fraktion vom FBP-Abgeordneten Wendelin Lampert. Er konnte der Idee und auch der gewählten Form der Initiative durchaus etwas abgewinnen und plädierte dafür, zumindest eine Vorlage auszuarbeiten: «Es wurde den Initiaten oft der Vorwurf gemacht, dass es sich um eine einfache Anregung handelt. Aber sehen Sie doch die Chancen, dabei können wir die Details regeln, wie wir wollen.» So könne der Landtag etwa eine Mindestprämie einführen, um zu verhindern, dass mehr Gesundheitsleistungen konsumiert würden. Ähnlich wie bereits VU-Fraktions-sprecher Christoph Wenaweser kam er bei näherer Berechnung allerdings auf einen höheren Prozentsatz von

mindestens 5,2 statt jene von der FL prognostizierten 4 Prozent des steuerbaren Erwerbs. Zumindest für Familien erkannte Lampert aber dennoch ein mögliches Einsparpotenzial bei erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien. «Ob wir am Ende der Reise wirklich eine gute Sache bewerkstelligen, können wir nur beantworten, wenn wir die Konsequenzen kennen. Deshalb müssen wir die Vorlage ausarbeiten», betonte er nochmals. Dem widersprach allerdings sein Parteikollege Elfried Hasler. Denn ein solcher Schritt würde seiner Meinung nach bedeuten, dass sich der Landtag, die Regierung, die Verwaltung und Krankenkassen einer mehrjährigen Mammutaufgabe annehmen sollen – ohne eine Vorstellung über die anzustrebende Umsetzung und deren Konsequenzen zu haben. «In der Privatwirtschaft würde jedenfalls auf einer solch schwachen Basis wohl nie ein Projekt dieser Dimension angegangen», machte Hasler deutlich.

Das sahen wohl auch die meisten anderen Abgeordneten im Landtag ähnlich. Und so scheiterte auch der Antrag Lageders auf eine Volksabstimmung mit denselben vier Jastimmen wie zuvor. Vorläufig ist damit das Thema wohl vom Tisch.

## Transparenz bei Parteienfinanzierung: Mehrheit des Landtags sieht keinen Handlungsbedarf

**Greco-Bericht** Die Freie Liste hatte als Thema der Aktuellen Stunde im September-Landtag «Greco - Transparenz in der Parteienfinanzierung» gewählt. Das Thema sorgte für reichlich Zündstoff unter den Abgeordneten.

VON DORIS QUADERER

Hintergrund für die Themenwahl war der Evaluationsbericht der Organisation Greco, welche dem Europarat angegliedert ist. Die Greco-Experten waren laut der FL-Abgeordneten Helen Konzett Bargetze nach einer Evaluation im Frühjahr zum Schluss gekommen, dass Liechtenstein zu den wenigen Greco-Mitgliedern gehöre, die über kein System zur Gewährleistung von Transparenz in der Parteienfinanzierung verfügen.

Die Freie Liste fragte in die Runde, ob es nicht mehr Transparenz bei der Parteienförderung brauche. «Nein», stellte FBP-Fraktions-sprecherin Christine Wohlwend gleich zu Beginn klar. Sie glaube nicht, dass eine Veröffentlichung der Namen der Spender Korruption vorbeugen könne, aber sie glaube sehr wohl, dass eine Veröffentlichung Gönner vom Spenden abhalten könnte, argumentierte sie. Korruption könne es sowieso nur geben, wenn die Parteispenden mit Handlungen im Landtag verlinkt würden. Da sie aber als Abgeordnete nicht wisse, wer überhaupt spende, könne sie nicht beeinflusst werden. In der FBP seien Geschäftsstelle und Fraktion klar getrennt. Ähnlich sah dies VU-Landtags-vizepräsidentin Violanda Lanter-Koller: «Grundsätzlich halte ich die Gefahr der politischen Korruption (...) in Liechtenstein für nicht sehr gross.»

«Grundsätzlich halte ich die Gefahr der politischen Korruption (...) in Liechtenstein für nicht sehr gross. Wie die Korruptionsexperten selber schreiben, sind wir ein Kleinstaat, in welchem den Parteien eine traditio-

VIOLANDA LANTER-KOLLER  
LANDTAGSVIZEPRÄSIDENTIN (VU)



FBP-Fraktions-sprecherin Christine Wohlwend glaubt nicht, dass eine Veröffentlichung der Spender Korruption vorbeugen könnte – Es würde die Gönner aber wohl vom Spenden abhalten. (Fotos: Michael Zanghellini)

nell weniger bedeutende Rolle zu kommt als in anderen parlamentarischen Demokratien.» Sie appellierte dafür, die geltenden gesetzlichen Regelungen der Parteienfinanzierung umzusetzen, bevor mit Kanonen auf Spatzen geschossen werde. Der DU-Abgeordnete Harry Quaderer ortete hinter der Themenwahl der Freien Liste er einen weiteren Ver-

such der Partei, Liechtenstein oder die politischen Akteure Liechtensteins bei ausländischen Gremien anzuschwärzen. Einen anderen

Grund erkenne er nicht. Schliesslich müssten die Parteien, um in den Genuss von Parteienförderung zu kommen, eine revidierte Bilanz bei der Stabsstelle Finanzen einreichen. Das sollte genügen, befand Quaderer.

## Falsche Anschuldigungen

In ihrer Funktion als Ausssenministerin nahm auch Aurelia Frick zu dem Thema Stellung. Sie erklärte, dass der Schweizer Bundesrat 2012 ebenfalls entschieden habe, die Greco-Empfehlungen über die Parteienfinanzierung nicht umzusetzen, dies mit der Begründung, dass es die direkte Demokratie schwierig machen würde, nur die Wahlen und nicht die Abstimmungen zu unterstellen. Zur

Kritik der Freien Liste, die Parteien würden die geltenden Gesetze missachten, sagte Aurelia Frick: «Das Gesetz enthält keine Einzelheiten darüber, welche Form der Veröffentlichung geeignet ist. Weder der Bericht und Antrag aus dem Jahr 1994 noch die damalige Landtagsdebatte geben Aufschluss darüber. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Veröffentlichung im Internet damals nicht gängige Praxis war.» In Liechtenstein gehöre es zur Praxis, die Jahresrechnungen im Rahmen von Parteiversammlungen zu veröffentlichen. Der Vorwurf der Freien Liste, dass das Gesetz nicht eingehalten werde, sei daher nicht statthaft.

## Kleine Anfragen

### Verkehr, Governance und Gesundheit

Die Abgeordneten stellten im September-Landtag folgende Kleine Anfragen:

#### Alois Beck (FBP)

- Verschärfung des Sexualstrafrechts

#### Johannes Kaiser (FBP)

- Verkehrsstudie «Entwicklungskonzept Unterland»

#### Wendelin Lampert (FBP)

- Taxpunktwert in Liechtenstein per 1.1.2017
- Wirtschaftlichkeitsverfahren im Gesundheitswesen seit dem 1. Januar 2013

#### Violanda Lanter-Koller (VU)

- Strafmass bei sexuellem Missbrauch von Unmündigen

#### Judith Oehri (VU)

- Türkei

#### Frank Konrad (VU)

- Bau eines Dienstleistungszentrums der liechtensteinischen Landesverwaltung in Vaduz

#### Manfred Kaufmann (VU)

- Strengere Governance-Vorschriften für öffentliche Unternehmen

#### Peter Büchel (VU)

- Ausssenminister der deutschsprachigen Länder am 5. und 6. August zu Besuch in Liechtenstein

#### Harry Quaderer (DU)

- Gefahrgut

#### Herbert Elkuch (DU)

- Verordnungs-kompetenz der Regierung
- Unfallversicherung im Fürstentum

#### Thomas Lageder (FL)

- Veröffentlichung von Gerichtsurteilen
- Religionsunterricht an öffentlichen Schulen

#### Helen Konzett Bargetze (FL)

- Verlagerung Zolllabfertigung von Buchs nach Schaanwald-Tisis

#### Patrick Risch (FL)

- Neophyten-Bekämpfung in Liechtenstein
- Entwicklungskonzept Liechtensteiner Unterland
- Zollamt Schaanwald-Tisis
- Doppelte Staatsbürgerschaft